



Bundesamt für Energie,
Sektion PB
3003 Bern

per E-Mail an:
energiestrategie@bfe.admin.ch

Urtenen-Schönbühl, 30.1.2013

Energiestrategie 2050 Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. September 2012 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1700 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Grundsätzliche Unterstützung zur Stossrichtung der Energiestrategie 2050

Grundsätzlich unterstützt der SGV die Stossrichtung der vorgeschlagenen neuen Energiestrategie 2050 des Bundes. Der SGV ist überzeugt, dass nur ein nachhaltiger Umgang mit unseren Energieressourcen die hohe Lebensqualität und den Wohlstand in der Schweiz auf Dauer gewährleisten kann. Allerdings bestehen für den SGV in Bezug auf die vorliegenden Ziele, Annahmen und Schätzungen zum zukünftigen Energiebedarf, zum Energieverbrauch sowie zur Energieversorgung bis ins Jahr 2050 heute kaum abschätzbare Unsicherheiten. Deshalb definiert der SGV unten stehende Voraussetzungen, unter denen er den vorgeschlagenen Massnahmen in der Energiestrategie 2050 zustimmen kann. Konkret sollten zur Beurteilung der zukünftigen schweizerischen Energiepolitik folgende Prioritäten berücksichtigt und verfolgt werden:

- die schweizerische Energieversorgung muss zuverlässig, wirtschaftlich und nachhaltig sein und braucht für die Zukunft unbürokratische und möglichst technologieneutrale Rahmenbedingungen, die die langfristige Wirtschaftlichkeit sowie die Investitions- und Versorgungssicherheit gewährleisten
- der Gesamtenergieverbrauch soll in Zukunft in erster Linie durch Effizienzmassnahmen gesenkt und durch erneuerbare Energien gedeckt werden, wobei sich ein allfälliger ergänzender Einsatz fossiler Energieträgern auf Technologien mit den höchsten Wirkungsgraden konzentrieren soll
- durch den gezielten Ausbau einer dezentralen Energieversorgung sollen Gemeinden und die kommunalen und regionalen Energieversorger gestärkt und der Um- und Ausbau der Energienetze sowie Möglichkeiten der Energiespeicherung mit unterstützenden Massnahmen gefördert werden

- der Bund soll die verschiedenen Energienetze (Strom-, Wärme- und Gas) gemäss einer integralen Prozessbetrachtung (Zubau, Unterhalt, Abbau) in eine sich ergänzende, Energieträger-übergreifende Strategie aufnehmen und gemäss den dezentralen Bedürfnissen anpassen und ausbauen
- die neue schweizerische Energiestrategie darf die international vereinbarten Klimaziele nicht beeinträchtigen

Systematisches gesetzliches Bekenntnis zur Bedeutung der Gemeinden vorsehen

Für das gute Gelingen der Energiewende sind das rechtliche Bekenntnis sowie ein enger Einbezug der Gemeinden in die Politik des Bundes und der Kantone absolut zentral. Diesem Umstand wird in der vorliegenden Vorlage zu wenig Rechnung getragen. Falls ein Kanton beispielsweise kein eigenes Förderprogramm unterhält, gehen ihm unter Umständen beachtliche finanzielle Mittel verloren, nicht zuletzt deshalb, weil Gemeinden keine Möglichkeit haben, Förderbeiträge des Bundes direkt zu beziehen. Der SGV verlangt deshalb dringend - am Beispiel der vorgeschlagenen Änderung in Artikel 5 im Energiegesetz (EnG) - ein klares und systematisches gesetzliches Bekenntnis des Bundes zu einer dezentralen Energiepolitik, welches ausdrücklich auch eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden in den für sie relevanten Bereichen vorsieht:

*Art. 5 Zusammenarbeit mit den Kantonen, **Gemeinden**, der Wirtschaft und anderen Organisationen*

*1 Bund, Kantone und **Gemeinden** koordinieren ihre Energiepolitik und berücksichtigen die Anstrengungen der Wirtschaft. Der Bundesrat kann in Zusammenarbeit mit den Kantonen und **Gemeinden** und den betroffenen Organisationen Massnahmen zur Zielerreichung festlegen.*

*2 Der Bund und, im Rahmen ihrer Zuständigkeit, die Kantone und **Gemeinden** arbeiten für den Vollzug dieses Gesetzes mit den Organisationen der Wirtschaft zusammen.*

Die Energiestrategie 2050 des Bundes stellt aus Sicht des SGV eine grosse Chance für die kommunale Ebene dar. Eine dezentralere Energieversorgung erhöht die Möglichkeiten für eine vermehrte lokale und regionale Wertschöpfung mit der Ansiedelung von neuen, qualifizierten Arbeitsplätzen und somit für eine nachhaltige kommunale Entwicklung. Schon auf Grund der aktuellen Auslandsabhängigkeit von 80% bei den primären Energieträgern besteht aus Sicht des SGV ein riesiges Wertschöpfungspotenzial im Inland, welches es in Zukunft vermehrt auszunützen gilt (u.a. bei der Holz-, Sonnen- und Windenergie oder beim Biogas, Hofdünger oder der Geothermie). Zum heutigen Zeitpunkt kann jedoch kein eindeutig zu bevorzugender Energieträger oder eine bestimmte Technologie bestimmt werden. Vielmehr entwickeln sich Technologien und Energiesysteme momentan rasant weiter. Dementsprechend müssen auch die gesetzlichen Grundlagen, die politischen Rahmenbedingungen sowie die vorgesehenen Anreizsysteme so festgelegt werden, dass sie diesem Umstand Rechnung tragen. Dies beinhaltet ein für alle erneuerbaren Energien möglichst pareto-optimales Vorgehen, eine regelmässige Überprüfung dieser Vorgaben und gegebenenfalls deren laufende Anpassung.

Gemeinden sind dank ihrer Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern, Hauseigentümern und Liegenschaftsbesitzer und auch zu den lokal angesiedelten Unternehmen und Vereinen, viel direkter in der Lage als der Bund und die Kantone, die vorgesehenen energiepolitischen Massnahmen unkompliziert umzusetzen und „zu den Leuten“ zu bringen. Aus Sicht des SGV wäre es sehr wünschenswert, wenn die Gemeinden bei

bestimmten Vorhaben vom Bund eine Unterstützung für ihre Rolle als Koordinatoren und Akteure erhielten. Für viele an solchen Projekten Beteiligte ist eine „offizielle Unterstützung“ der öffentlichen Hand wichtig und eine koordinierende Funktion der Gemeinden ausdrücklich erwünscht, jedoch leider auf Grund der hierfür beschränkten Ressourcen oftmals nicht realisierbar. Gerade ein Umdenken bei jedem Einzelnen ist jedoch dringend nötig, denn ohne private finanzielle Mittel werden die Ziele der Energiestrategie nicht erreicht werden können.

Die anstehenden energiepolitischen Herausforderungen werden nur durch grosse gemeinsame Anstrengungen aller staatlichen Ebenen, der Wirtschaft, der Forschung und der Gesellschaft gelöst werden können. Dabei müssen den wirtschaftlichen Aspekten der Energiestrategie, welche unter anderem Fragen zur Finanzierung, zur Wirtschaftlichkeit oder zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der entsprechenden Massnahmen umfasst, noch ein grösseres Gewicht beigemessen werden. Durch die voraussichtlich steigenden Energiepreise und den Umbau hin zu einem dezentraleren Energiesystem, wird es „Verlierer“ geben, deren Bedürfnisse es angemessen zu berücksichtigen gilt. Gleichzeitig eröffnen sich aber insbesondere auf kommunaler Ebene neue Chancen für „Gewinner“, welche in Abstimmung mit dem „Masterplan Cleantech“ noch deutlicher aufgezeigt werden müssen. Letzten Endes dürften nur gut ausgewogene und breit akzeptierte Antworten auf diese zentralen wirtschaftlichen Fragen zu einer Unterstützung durch die Politik und letztlich durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger führen.

Einbezug von wegweisenden Leuchttürmen und ebenso von ressourcenschwächeren Gemeinden in die Umsetzung der Energiestrategie 2050 dringend sicherstellen

In seiner Stellungnahme konzentriert der SGV seine Ausführungen vor allem auf jene Aspekte, von denen die Gemeinden am unmittelbarsten betroffen sind, nämlich:

- die Programme EnergieSchweiz und Energieschweiz für Gemeinden
- das Gebäudeprogramm sowie steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen
- die Raum- und Nutzungsplanung von Gebäuden, Anlagen und Netzen
- die Bewilligungsverfahren für Gebäude, Anlagen und Netze
- die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand auch bezüglich Kommunikation
- Vorgaben, welche Gemeinde als Eigentümerin oder Teil-Eigentümerin von lokalen und regionalen Energieversorger betreffen

Für den SGV sollen die Vorgaben und Massnahmen aus der Energiestrategie des Bundes besonders darauf abzielen, dass den Gemeinden im Energiebereich mehr Kompetenzen erteilt und Handlungsmöglichkeiten zugestanden werden. Dies soll es ihnen erlauben, eine gezielte Planung sowie eine bessere Vereinbarung von bereichsübergreifenden Sektoralpolitiken umzusetzen oder weiter voranzutreiben, beispielsweise in Form von kommunalen oder regionalen Energierichtplänen. Zudem können weiterhin auf dem gesamten Gemeindegebiet oder in bestimmten Quartieren erneuerbare Energien gefördert und innovative lokale Energienetze und -systeme entwickelt werden. Hierfür soll das Potential zur Energieerzeugung noch genauer eruiert und der Energieverbrauch von Gemeinden und Regionen in einer Gesamtenergiebuchhaltung bestimmt werden. Für zahlreiche dieser Massnahmen sind Gemeinden und Regionen darauf angewiesen, vom Bund entsprechend unterstützt zu werden, was in verschiedenen Programmen (z.B. EnergieSchweiz, P&D, Leuchtturm-Projekte) auch ausdrücklich vorgesehen und vom SGV mit Nachdruck unterstützt wird. Eine gute Abstimmung der verschiedenen Vorhaben auf Bundesebene ist der Umsetzung in den Gemeinden sicherlich sehr dienlich.

Abschliessend möchte der SGV betonen, dass Gemeinden zur Definition und Umsetzung der zukünftigen Energiestrategie von Bund und Kantonen frühzeitig und aktiv in die Diskussionen mit einbezogen werden und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden. Die Energiewende findet auf lokaler Ebene bereits seit vielen Jahren statt. Dabei zeigt sich allerdings vereinzelt, dass in der Gesetzgebung im Allgemeinen und bei den Fördermassnahmen im Besonderen, der Vielfalt der kommunalen Strukturen nicht immer gebührend Rechnung getragen wird, damit alle Gemeinden den angestrebten Weg zur Energiewende einschlagen können. Der SGV unterstützt - wie erwähnt - die wichtige Aufstockung der Mittel sowie die vorgesehen Massnahmen im Programm EnergieSchweiz vollumfänglich. Er möchte aber anregen, dass in diesem Programm neben den notwendigen Leuchttürmen ebenfalls ein besonderer Fokus auf die ressourcenschwächeren Gemeinden gelegt wird. Nur indem in der ganzen Schweiz eine Dynamik in Gang gebracht wird, die von den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft mitgetragen wird, werden die hohen Ziele in der schweizerischen Energiepolitik in Zukunft erreicht werden können.

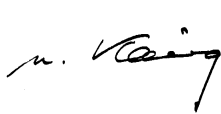
Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktor



Hannes Germann
Ständerat

Ulrich König

Kopien: Schweizerischer Städteverband
Swisspower
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiet (SAB)

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation: Schweizerischer Gemeindeverband (SGV)
www.chgemeinden.ch

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	5
Allgemeine Fragen.....	6
Kernenergiegesetz	7
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	8
Energieeffizienz	9
Gebäude.....	9
Mobilität.....	11
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	12
Industrie und Dienstleistungen	14
Erneuerbare Energien.....	14
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht.....	16
Einspeisevergütungssystem	17
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	19
Netzzuschlag	20
Fossile Kraftwerke.....	21
Netze	23

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Auf Grund der Vielschichtigkeit der Vorlage und den zahlreichen vorgeschlagenen Massnahmen kann diese Frage aus Sicht des SGV nicht mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet werden. Der SGV stimmt der Stossrichtung der Energiestrategie, unter Berücksichtigung der oben erwähnten Ausführungen, aber grundsätzlich zu.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?
Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der SGV unterstützt gemäss den oben erwähnten Rahmenbedingungen die Absicht, dass die bereits bekannten, rasch umsetzbaren Fördermassnahmen mit entsprechenden Gesetzesänderungen umgesetzt werden, damit der angestrebte Umbau der schweizerischen Energiesysteme erfolgreich in Gang gebracht werden kann. Der Bund sieht in einem zweiten Schritt ab 2020 vor, durch Verfassungsänderungen eine ökologische Steuerreform (=Besteuerung von Energie anstatt von Arbeit und Investitionen, insgesamt keine Erhöhung der Steuerbelastung für Haushalte und Unternehmen) einzuführen, die die bestehenden Fördersysteme ablösen soll. Die Ausgestaltung einer solchen ökologischen Steuerreform, mit den zu definierenden Übergangsphasen, wird zur Zeit im Bund diskutiert. Der SGV hätte sich gewünscht, dass dieser Systemübergang klarer formuliert worden wäre, um die nun vorgesehenen kurz- und mittelfristigen Fördermassnahmen besser beurteilt zu können. Ohne diese Diskussion besteht aus Sicht des SGV die grosse Gefahr, dass die für die Energiewende nötige kurz- und mittelfristige Sicherheit für die gewünschten und notwendigen Investitionen nicht gegeben ist.

Im Alleingang erscheint eine ökologische Steuerreform in der Schweiz für den SGV aus heutiger Sicht als kaum realisierbar. Die ökologische Steuerreform ist nicht standortneutral umzusetzen, was diejenigen Länder schon beweisen, welche in diese Richtung Akzente gesetzt haben. Die angestrebte Energiewende muss finanziert werden und finanzierbar bleiben, weshalb die Sicht der Wirtschaft bei dieser Frage ein grosses Gewicht einnimmt. Der Bundesrat scheint bei seinen

Annahmen implizit davon auszugehen, dass bei einer solch weitreichenden Reform des Steuerwesens andere Länder ähnliche Massnahmen ergreifen werden. Ohne diese Voraussetzung dürfte Teilen der Schweizer Wirtschaft – vor allem im produzierenden, industriellen Bereich - ein grosser Wettbewerbsnachteil gegenüber andern Ländern entstehen und der Volkswirtschaft insgesamt unter Umständen ein erheblicher Schaden entstehen. Sicherlich wird eine solche Reform - wie oben erwähnt - auch zahlreiche neue wirtschaftliche Potenziale eröffnen, welche es insbesondere im Cleantech-Bereich zu nutzen gilt. Schliesslich müsste ein solcher Entscheid aber von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern getragen werden, was für den SGV unter den aktuellen Voraussetzungen und den erwähnten Unsicherheiten als nicht gegeben erscheint.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie wurde von Bundesrat und Parlament beschlossen. Er erfordert eine langfristige Planbarkeit und grosse Investitionen in zahlreiche alternative Energieanlagen um die Sicherstellung der Energieversorgung zu gewährleisten. Für entsprechende Investoren sind klare und stabile Rahmenbedingungen notwendig, was durch eine Verknüpfung mit dem Ausstieg aus der Kernenergie begünstigt werden könnte. Allerdings ist der Ausstieg aus der Kernenergie eine emotionale und politisch sehr umstrittene Frage, welche ein grosses Konfliktpotential für die gesamte Vorlage mit sich bringt. Der SGV stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt, dass das vorliegende Massnahmenpaket so der so umgesetzt werden soll und gibt deshalb zu dieser Frage keine Stellungnahme ab.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich richtet sich der SGV gegen Technologieverbote. Angesichts der zukünftigen Herausforderungen im Bereich der Endlagerung und des Rückbaus von alten KKW's muss aus Sicht des SGV unbedingt sichergestellt werden, dass die Forschung in der Kernenergie weitergeführt wird. Dies könnte unter Umständen auch wirtschaftlich interessant sein, indem die Schweiz das nötige Know-How für diese hoch komplexen Tätigkeiten aufbaut und in Zukunft entsprechend in andere Länder exportieren könnte. Damit verbunden ist allerdings ebenso die dringende Notwendigkeit, dass die Betreiber der laufenden KKW darin unterstützt werden, zu jedem Zeitpunkt auf das entsprechend geschulte Personal für die anfallenden Tätigkeiten zurückgreifen zu können. Die Planbarkeit dieser Massnahmen hängt letztlich auch von der Frage der Laufzeiten der KKW's ab, welche in der vorliegenden Energiestrategie nicht erwähnt wird. Zur grundsätzlichen Frage der Rahmenbewilligungen von neuen Kernkraftwerken gibt der SGV gemäss den in obiger Frage aufgeführten Überlegungen keine Stellungnahme ab.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die gesetzliche Festlegung von absoluten Ausbauzielen für die Elektrizität erachtet der SGV auf Grund der oben erwähnten Unsicherheiten in Bezug auf die Schätzungen zu Energienachfrage, Energieangebot und Energieversorgung als nicht zielführend. Eine absolute Zielvorgabe geht zudem von einem linearen Zuwachs bei den verschiedenen erneuerbaren Energien aus und schränkt einen (unter Umständen gewünschten) nicht-linearen Zubau der sich am Markt durchsetzenden Technologie stark ein. Für den SGV sollen die Rahmenbedingungen und Anreize grundsätzlich so festgelegt werden, dass der wegfallende Anteil von Atomstrom durch Effizienzgewinne sowie durch erneuerbare Energieanlagen gedeckt wird. Ein gegebenenfalls zeitlich beschränkter, ergänzender Einsatz fossiler Energieträger soll sich auf Technologien mit den höchsten Wirkungsgraden beschränken.

Mit festen Ausbauzielen pro erneuerbaren Energieträger würden sich ausserdem Fragen zur Zielüberprüfung und zu allfälligen Interventionsmassnahmen stellen. Bei den Zielvorgaben für erneuerbare Energien stellt sich beispielsweise die Frage, weshalb diese bei der Fotovoltaik so zögerlich festgelegt werden. Im Jahr 2012 sind über 20'000 Projekte in der KEV (Betrieb, Projektierung, Warteliste), welche

insgesamt eine voraussichtliche Jahresproduktion von 8,9 TWh umfassen. Bis 2035 wird gemäss Bund eine Jahresproduktion von 11,94 TWh als Ziel vorgegeben. In mehr als 20 Jahren würden folglich lediglich rund 3TWh zusätzlich zu den aktuellen KEV-Gesuchen zugebaut (ohne Wasserkraft), was für die nächsten Jahre praktisch einem Förderstopp gleichkommt. Zum Vergleich: der Branchenverband Swissolar spricht alleine beim Solarstrom von einem Ausbauziel von 12TWh bis 2025. Ähnliche Argumentationen bezüglich der vorliegenden Zielvorgaben können ebenfalls bei der Windenergie, Geothermie oder beim Biogas (inkl. Hofdünger) gemacht werden. Diese Überlegungen verdeutlichen, dass nicht die gesetzliche Festlegung von absoluten Ausbauzielen, sondern vielmehr ein grundsätzliches Bekenntnis zu erneuerbaren Energien notwendig ist. Für den SGV soll jene Kombination von erneuerbaren Energieträgern die jeweilige Energienachfrage decken, welche dies zu den bestmöglichen wirtschaftlichen Bedingungen erbringen kann.

Es ist jedoch auch dem SGV bewusst, dass die ehrgeizigen Vorgaben der neuen Energiestrategie ohne messbare Ziele kaum erreicht werden können. Nur wenn das Ziel bekannt ist, kann der Zielerreichungsgrad abgeschätzt und damit verbunden ein Nachbessern erfolgen. Als alternativen Lösungsansatz schlägt der SGV deshalb gemäss der geforderten Gesamtenergiebetrachtung vor, die Minimalziele für die Gesamtgruppe der erneuerbaren Energien so zu setzen (eher auf Stufe der Verordnung), dass sie nach heutigem Wissensstand pareto-optimal sind und alle fünf bis zehn Jahren dem neuen Wissensstand angepasst werden. Mit einem solchen dekadenmässigen Vorgehen kann ständig das aktuelle Wissen eingebracht und der regulatorische Hebel angesetzt werden, wenn die fehlende Freiwilligkeit die Ziele unerreichbar machen. Dieser Lösungsansatz kann analog für die maximalen Verbrauchsziele angewendet werden.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Über 40 Prozent der inländischen CO₂-Emissionen und des Energieverbrauchs entstehen im Gebäudesektor – vor allem für Heizung, Kühlung und Warmwasserbereitstellung. Um die Klimaziele der Schweiz zu erreichen, sind wirksame Massnahmen in diesem Bereich daher absolut unentbehrlich. Eine

Erhöhung auf 600 Millionen Franken pro Jahr aus den Mitteln einer steigenden CO₂-Abgabe ist daher wünschenswert.

Massnahmen im Bereich erneuerbare Wärme/Abwärme sind häufig kostengünstiger als bauliche Massnahmen und zudem rascher wirksam, da Heizanlagen schneller saniert und ersetzt werden müssen als die Gebäudehülle. Häufig ist besonders bei historischen Gebäuden eine energetische Sanierung der Bauhülle kaum zu realisieren, doch kann der Energie- und CO₂-Verbrauch mit dem Einsatz erneuerbarer Wärme/Abwärme rasch und deutlich gesenkt werden. Aus diesen Gründen wäre aus Sicht des SGV zu prüfen, inwiefern nicht auch die Förderung von heiztechnischen Massnahmen ins Gebäudeprogramm aufgenommen werden sollten.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?
CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
- ☒ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
- ☐ Keine der beiden Varianten
- ☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bei Variante 1 käme es zu einer Verschiebung der Verantwortung zu den Kantonen, welche ihre Fördermittel verdoppeln müssten, um das erforderliche Förderniveau von insgesamt 600 Millionen Fr. zu erreichen. Es ist unter Wahrung der bestehenden Kompetenzaufteilung zielführender, die Finanzierung des Gebäudeprogramms mit einer entsprechenden Anhebung der CO₂-Abgabe auf Bundesebene auf sichere Füsse zu stellen (Variante 2). Dabei soll die Umsetzung des Gebäudeprogramms folglich weiterhin in einen national einheitlichen Teil und in einen Teil von kantonalen Förderprogrammen aufgeteilt werden.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?
Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quingies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der SGV unterstützt Bestrebungen, Gebäudeinvestitionen nach energetisch hohen Standards zu fördern sowie Eigentümer vermehrt zu Gesamtsanierungen anstelle von Teilrevisionen zu bewegen. Dies soll aber insbesondere durch kantonale Standards sowie durch entsprechende Branchenregelungen und Mindeststandards sichergestellt werden. Gemäss heutiger Gesetzgebung ist die energetische Qualität einer Gebäudeinvestition für den Steuerabzug nicht relevant. Diese Regelung muss unbedingt beibehalten werden, kommt es doch schon heute in vielen Fällen zu einer deutlichen Verbesserung der energetischen Qualität bei einer Investition. Gerade bei älteren Bauten von ressourcenschwächeren Eigentümern fehlen jedoch oftmals das Kapital und das Know-How, um Investitionen im Sinne von hohen energetischen Standards durchzuführen. Eben diese Eigentümer sollten aber vermehrt zu Investitionen und Gebäudesanierungen ermuntert werden, was mit energetischen Mindeststandards als Voraussetzung für einen steuerlichen Abzug aber unter Umständen eher noch behindert würde.

Ebenso würde die Bestimmung eines energetischen Mindeststandards zahlreiche weitere Fragen aufwerfen (z.B. Differenzierung nach Gebäudetyp, Regelmässigkeit der Anpassung an aktuelle Standards je nach Investitionsobjekt), welche zu einem erheblichen administrativen Aufwand bei verschiedensten Stellen führen würde. Dieser Aufwand ist aus Sicht des SGV zur übergeordneten Zielerreichung (einer Verdoppelung der aktuellen Sanierungsquote) nicht förderlich. Zu prüfen wäre diesbezüglich hingegen jedoch Fördermöglichkeiten für Ersatzneubauten.

Der SGV unterstützt im Grundsatz die Streckung der Steuerabzugsfähigkeit von Gebäudeinvestitionen auf drei Jahre. Allerdings sind hier die konkreten Auswirkungen auf die Haushalte von Bund, Kantonen und Gemeinden noch genauer zu beziffern (aktuelle Schätzungen gehen von einem Gegenwert der Steuerabzüge bis zu 1,3 mia Fr. aus). Auf Grund dieser Resultate können sodann weitere Varianten untersucht werden, wie beispielsweise eine Streckung auf einen längeren Zeitraum (z.B. fünf Jahre) oder einen direkten prozentualen Abzug am zu zahlenden Steuerbetrag. Dabei müssen jeweils auch die Auswirkungen auf das Mietrecht systematisch berücksichtigt werden. Unter Umständen könnte die Streckung des Steuerabzugs bereits früher als geplant eingeführt werden.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zu dieser Frage gibt der SGV keine Stellungnahme ab.

Die Reduktion der Mobilitätsnachfrage wird gemäss erläuterndem Bericht mit dem ersten Massnahmenpaket bewusst nicht angegangen, sondern lediglich ein Verweis auf das Programm EnergieSchweiz gemacht. Damit dieses strategische Handlungsfeld, welchem ein grosses Potenzial zugewiesen wird, gezielt vorbereitet und die Massnahmen geplant werden können, muss die Zusammenarbeit zwischen BfE, ARE und ASTRA verbessert werden. Konkret könnte dies über das bestehende Dienstleistungszentrum für innovative Mobilität (DZM) erfolgen, unter aktiver Beteiligung des ASTRA. Für eine bürgernahe Umsetzung von Massnahmen im Mobilitätsbereich ist zudem die Zusammenarbeit mit den Gemeinden zwingend. Hier bietet sich die Plattform "EnergieSchweiz für Gemeinden" ideal an, mit bestehenden langjährigen Erfahrungen, welche im Rahmen des Programms EnergieSchweiz gemacht werden konnten. Nur gemeinsam mit den Gemeinden können viele wichtige Weichenstellungen gemacht werden (Mobilitätsmanagement in Unternehmen, Verkehrsplanung, Parkplatzbewirtschaftung, Förderung kombinierte Mobilität etc.).

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zu dieser Frage gibt der SGV keine Stellungnahme ab.

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Einführung von weissen Zertifikaten wird als zusätzlicher, viel zu bürokratischer Vorschlag abgelehnt. Ausserdem erarbeiten die Netzbetreiber ihren Umsatz durch das Volumen, weshalb das vorgeschlagene Vorgehen als nicht zweckmässig erscheint. Der SGV unterstützt diesbezüglich den Vorschlag von Swissspower:

Soll die Einsparung von Strom eine Aufgabe des EVUs (Netzbetreibers) sein, dann sind Möglichkeiten zu schaffen, die Energieeffizienz als Geschäftsmodell nutzen zu können. Anstelle des vorgeschlagenen Bonus-Malus-Systems könnte konkret ein neues Geschäftsmodell mit einem Bonus-System treten. Dieses setzt auf der Netzebene 7 an und sieht eine Vergütung für nicht verbrauchte Kilowattstunden vor, was einem konkreten Sparanreiz im Sinne einer „umgekehrten KEV“ gleichkommt - und somit ein bereits wirksames, in seinen Mechanismen vertrautes Instrument zusätzlich nutzt. Hinter diesem „Sparbonus“ steckt vor allem die Idee, dass eine eingesparte Kilowattstunde Strom zu einem tieferen Preis realisiert werden kann als eine produzierte Kilowattstunde: mit einem eingesetzten Franken kann somit das Maximum erreicht werden. Einen Bonus sollen jene EVU (Netzbetreiber) erhalten, die ein vorgegebenes Mindesteinsparziel für die Absatzmenge auf Netzebene 7 übertreffen, das anhand unterschiedlicher Indikatoren regelmässig neu bestimmt wird. Wie diese Effizienzvorgabe erreicht werden kann, ist den Verteilnetzbetreibern zu überlassen und Teil ihrer unternehmerischen Freiheiten.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich wird mehr Transparenz begrüsst, allerdings sollen diese Zahlen nur an öffentliche Stellen und nicht an die Öffentlichkeit geschickt werden. Es wäre gegebenenfalls zu prüfen, inwiefern das BFS die Unternehmen der Energiewirtschaft in einer gesamtheitlichen Energieperspektive bei der Datensammlung und Auswertung unterstützen und entlasten könnte.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der SGV unterstützt das Instrument der wettbewerblichen Ausschreibungen grundsätzlich. Allerdings ist die Umsetzung insbesondere für kleinere Organisationen wie den SGV noch verbesserungsfähig. Der administrative Aufwand sowie die finanziellen Risiken übersteigen die Möglichkeiten von kleineren Organisation rasch.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Zielvereinbarungen für Industrie und Dienstleistungen zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses sind sicherlich sinnvoll und haben sich bei den energieintensiven Branchen bewährt. Allerdings sollte auf angemessene Weise berücksichtigt werden, dass die Belastung von Privathaushalten durch die Ausnahmeregelungen für Unternehmen entsprechend ansteigen würde.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der SGV unterstützt die Absicht des Bundes, gemeinsam mit den Kantonen Vorstellungen und Kriterien für die schweizerische Energieversorgung im Allgemeinen und für das gesamtschweizerische Ausbaupotential für die verschiedenen erneuerbaren Energien im Besonderen zu bestimmen. Das Bestimmen eines Ausbaupotenzials für erneuerbare Energien nach einheitlichen Kriterien kann für grosse Anlagen im nationalen Interesse liegen. Damit kann bei grossen Anlagen Zeit und Geld gespart werden, weil der Konsens durch eine nationale Planung nicht zuletzt in der Bevölkerung grösser sein sollte. Der SGV ist jedoch gleichzeitig - wie eingangs erläutert - der Ansicht, dass die Energiewende nicht mit einem Ansatz von oben durch Bundes- und Kantonsplaner umgesetzt werden kann. Insofern soll der konkrete Ausbau mit der Vielzahl von kleinen erneuerbaren Anlagen durch die Erarbeitung einer solchen langwierigen Planung nicht behindert werden. Schliesslich gilt es zu bedenken, dass eine nationale Planung a priori keinen direkten Einfluss auf die Verwirklichung eines konkreten Projekts haben wird. Aus Sicht des SGV sollten vielmehr Massnahmen, welche die Bewilligung von konkreten Projekten erleichtern und beschleunigen, geprüft werden, damit die Energiewende mit Projekten an den richtigen Standorten rasch umgesetzt werden kann.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Hierbei handelt es sich grundsätzlich um eine kantonale Kompetenz. Speziell für grössere Anlagen kann es sinnvoll sein, dass die Kantone entsprechende Gebietsausscheidungen zur Produktion von erneuerbaren Energien in ihren Richtplänen aufnehmen. Denn dies kann für Behörden und Investoren gewisse Erleichterungen bringen. Es gilt aber zu beachten, dass der Bau von grossen Anlagen nicht durch einen gesetzlichen Zwang und gegen den Willen der Gemeinden und der ansässigen Bevölkerung geschehen kann. Die Ausarbeitung von entsprechenden Nutzungsplänen hätte somit zwingend in Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu erfolgen. Der SGV regt überdies an, dass die Kantone die Gemeinden darin unterstützen, dass auch die Nah- und Fernwärme systematisch in

die kommunalen Nutzungspläne aufgenommen werden.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zum Erreichen der hoch gesteckten Ziele der Energiestrategie werden Kompromisse auch im Natur- und Landschaftsschutz notwendig sein. Deshalb erachtet der SGV es als sinnvoll, zur Interessenabwägung die Nutzung von erneuerbaren Energien als nationales Interesse zu definieren. Zentral ist für den SGV, dass daraus keine unmittelbaren Rechtsansprüche entstehen. Behörden und Gerichte müssen weiterhin jedes Projekt im Einzelfall prüfen und dann entsprechend entscheiden. Mit allgemein verbindlichen Kriterien, die sich nicht nur auf prominente Einzelfälle beschränken, könnte ein für alle Beteiligten transparenter Planungs- und Bewilligungsprozess ermöglicht werden.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich unterstützt der SGV die Eigenverbrauchs-Regelung. Diese wirft allerdings zahlreiche Fragen auf, die momentan noch nicht beantwortet sind. Sicher ist, dass die KEV von Investoren (insbesondere EVU's) als Finanzanlage angesehen wird und weniger als Produktions- und Standortvorteil. Deshalb könnte beispielsweise vorgesehen werden, dass der KEV-Strom von den Investoren selber gebraucht und vermarktet werden kann. Somit könnte der Stromverbrauch mit der

Gestehung koordiniert und gleichzeitig die Frage der Entsolidarisierung von Besitzern erneuerbarer Anlagen mit den Mietern verhindert werden (Mieter müssten die Mehrkosten ansonsten bezahlen, die durch die Eigenverbrauchsregelung entstehen würden).

Vor allem auf die Verteilnetzbetreiber kommen mit der Eigenverbrauchsregelung grosse Herausforderungen zu, da diese für die Kapazitätsvorhaltung motiviert und entschädigt werden müssen. Für die Aufrechterhaltung der Netzinfrastruktur braucht es deshalb eine passende Lösung, die den Produzenten von Energie und den Nutzern von Netzleistungen gemäss dem jeweiligen Bedarf und den verursachten Kosten gleichermaßen beteiligen.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der SGV wehrt sich vehement dagegen, dass KVA's und Kläranlagen von der KEV ausgeschlossen werden. Dieser Förderungsmechanismus ist für die Umsetzung der zahlreichen in diesem Bereich bestehenden und vorgesehenen Massnahmen absolut essenziell. Die Erfahrung zeigt, dass die heutige KEV-Vergütung im Vergleich zu den effektiven Gestehungskosten von BHKW auf Kläranlagen im Mittel eher knapp ist, und folglich nach wie vor eine finanzielle Notwendigkeit bleibt. Sie hat zudem beim Investitionsentscheid für den Ersatz eines BHKW nach Ablauf der Lebensdauer eine wichtige psychologische Signalwirkung, gerade bei der öffentlichen Hand. Bei den KVA ist die KEV ebenfalls ein wirkungsvolles Instrument zur Steigerung der Stromproduktion und darf nicht gestrichen werden. Der SGV und der Fachverband VBSA sind aber bereit, mit dem Bund bessere Lösungen als die KEV zu suchen, welche die KVA nicht benachteiligen und dennoch zu einer weiteren Steigerung der Energieproduktion führt, wobei immer Strom und Wärme zu betrachten sind. Einen Ausschluss von teilweise fossil betriebenen Anlagen halten wir für nicht zielführend, besteht doch die Gefahr, dass gewisse Projekte wie BHKW mit erneuerbaren Energieträgern nicht mehr realisiert werden können. Die KEV soll sich hingegen auf die Vergütung des erneuerbaren Anteils der Stromproduktion beschränken.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist sicherlich so, dass das Förderprogramm des Bundes in der Bevölkerung zunehmend auf Unverständnis stösst. Wenn heute ein Gesuch für eine Solaranlage bei Swissgrid eingegeben wird, erhält man eine Zusage ohne klare Beiträge, auf einen unbekannten Zeitpunkt hin und ohne nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen. Dies ist nicht sehr motivierend für Grundeigentümer, die Investitionen zu tätigen, ökologische Anliegen zu fördern und dann auf Fördergelder zu warten, und zwar so lange, bis alle vorgängigen Projekte (gebaut oder nur geplant) aussubventioniert sind!

Für eine Begrenzung der finanziellen Mittel bei der PV spricht die Verhinderung eines übermässigen Zubaus von hohen und langfristigen Finanzverpflichtungen. Grundsätzlich sind gemäss dem SGV die wirtschaftlichsten Energieformen zu unterstützen und nicht eine bestimmte Technologie oder Qualität. So kann vermieden werden, dass Projektentwickler und andere Dienstleister zu überzogenen Margen über längere Zeiträume einnehmen und so die Anlagepreise (besonders für kleine Anlagen) künstlich hoch halten.

Die Schweiz ist derzeit noch nicht in der Lage, die Produktion aus PV und Wind im Sommer für die Verwendung im Winterhalbjahr zu speichern. Dezentrale Speicher könnten jedoch zu einer weiteren Glättung von Angebot und Nachfrage eingesetzt werden, sofern sie wirtschaftlich beschafft und betrieben werden können. Insofern wird die PV dennoch einen wichtigen Beitrag zur Energiestrategie leisten können.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aus Sicht des SGV muss nicht für jede Fördertätigkeit eine eigene juristische Person geschaffen werden.

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich soll kein zweites paralleles System zur KEV geschaffen werden. Ebenso muss die Rechtssicherheit für die bestehenden Anlagen in der KEV-Warteliste gewährleistet sein. Diejenigen Investoren, die entsprechend geplant und gebaut haben sollen auch wie vorgesehen entschädigt werden. Dies vor allem auch darum, weil viele kleinere Investoren die Energiewende vorleben wollen und dafür nicht bestraft werden sollen.

Die kleineren Fotovoltaik-Anlagen machen rund 50% der Gesuche aus, sind aber nur für rund 10% der vorgesehen Produktion verantwortlich. Entscheidend erscheint folglich, ob die vorgeschlagene einmalige Entschädigung einen genügend grossen Anreiz für private Hausbesitzer darstellt, weiterhin zu investieren. Dies könnte besonders im Zusammenhang mit einer Eigenverbrauchsregelung der Fall sein.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung

- ☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Die Einmalvergütung dürfte insbesondere die administrativen Prozesse und Aufwände vereinfachen.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich ja. Zu prüfen wäre aus Fairnessgründen, ob für Anlagen, die in der Erwartung der KEV bereits gebaut oder die von einem EVU vorfinanziert und gebaut wurden, Wahlfreiheit bestehen sollte.

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine Deckelung der Förderbeiträge ist berechtigt, wenn damit einen übermässigen Zubau und hohe langfristige Finanzverpflichtungen vermieden werden können. Die Erfahrung zeigt, dass diese Gefahr hauptsächlich bei der Photovoltaik besteht, weshalb dort eine Kontingentierung sinnvoll ist (vgl. Frage 20).

Um den Zubau im gewünschten Mass zu halten, spielt die Höhe der Vergütungssätze eine entscheidende Rolle. Bei deren Festlegung ist zu beachten, dass diese regelmässig an die technischen Verbesserungen angepasst wird, womit bei gleich bleibenden Finanzmitteln kontinuierlich mehr Kapazität erstellt werden kann. Gleichzeitig können Monopolrenditen verhindert werden. Die Anpassung der

Höhe der Vergütungssätze muss im Vergleich zur heutigen Praxis besser antizipierbar sein, denn dies ist für die Planungssicherheit wichtig.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aus Sicht des SGV sprechen zahlreiche Gründe für einen vermehrten Einsatz von WKK-Anlagen. Diese sind dezentral, energiesparend, klimaschonend, flexibel einsetzbar, rasch realisierbar sowie landschafts- und flächenschonend. Dezentrale WKK für Heizzwecke können insbesondere einen Beitrag zur Schliessung der Winterstromlücke leisten, solange diese nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden können.

Kleine WKK-Anlagen werden mit der geplanten Einführung der Eigenverbrauchsregelung an Bedeutung gewinnen. Grosse Heizungsanlagen sollten in einen Wärmeverbund eingefügt werden. Deshalb muss hier die Förderung von Wärmeverbünden im Vordergrund stehen. Dadurch werden auch die Voraussetzungen für die Entwicklung der Geothermie verbessert, da diese Netze zukünftig von letzterer benutzt werden können.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden

(Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der SGV lehnt eine Förderung von Anlagen gemäss einer bestimmten Feuerungswärmeleistung ab und beantragt, als Kriterium zur Förderung ein Effizienzziel Mindest-Gesamtwirkungsgrad (von z.B. 80%) zu berücksichtigen. Ein solches Qualitätsmerkmal lässt insbesondere Raum für neue Technologien (Brennstoffzelle oder Sterlingmotor). Alternativ könnten kleineren WKK-Anlagen, ähnlich wie bei kleinen PV-Anlagen, durch einmalige Investitionshilfen gefördert werden.

An dieser Stelle soll auf die Konvergenz von Strom- und Gasnetz zur Speicherung und zum Transport erneuerbarer Energien hingewiesen werden (Power-to-Gas), da synthetisches Methan mit WKK-Anlagen dereinst CO₂-neutral und flexibel verwertet werden kann.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Alle fossilen Stromerzeugungsarten produzieren CO₂ und sollen deshalb einen Anreiz erhalten, diesen Ausstoss zu minimieren, respektive zu kompensieren. WKK und GuD sollen hier gleichbehandelt werden. Es sollte zudem jedem Anlagenbetreiber freigestellt sein, ob er die zusätzlichen CO₂-Emission lokal kompensieren oder die CO₂-Abgabe bezahlen möchte.

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....

Aus Sicht des SGV soll der Fokus grundsätzlich auf den Ausbau der Wärmeverbundleitungen gelegt werden. Ebenso sollen Gas-WKK in jenem Teil gefördert werden, der mit erneuerbaren Energien erzeugt wird. Ausserdem unterstützt der SGV folgende weitere Möglichkeiten:

- a. Anerkennung stromproduzierender Heizungen und WKK im Rahmen der MuKE
- b. Investitionsbeiträge für WKK ausserhalb des vorgesehenen Vergütungssystems
- c. Anschubfinanzierung und Risikogarantie von Wärmenetzen
- d. CO₂-Abgabe auf Importstrom aus fossiler und oder unbekannter Herkunft.
- e. Förderung von Speichervolumen

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die vorgeschlagenen Regelungen werden vom SGV unterstützt, beinhalten aber keinen substantiellen Beitrag zu einer starken Verfahrensbeschleunigung. Zudem sind sie einseitig auf Stromnetze ausgerichtet und blenden die anderen Energienetze (Gas- und Wärmenetze) aus. Grundsätzlich begrüsst der SGV Massnahmen, die einen Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung leisten. Vor allem kommunale Energieversorger stellen ihre Strom-Infrastruktur häufig in einem gemeinsamen Trasse mit anderen Medien (Erdgas, Wärme, Wasser, Telekommunikation etc.) bereit. Es gilt daher bei dieser Massnahme sicherzustellen, dass Verfahrensbeschleunigungen nicht nur für Stromnetze in Betracht gezogen werden, sondern auch für die anderen (rohrleitungsgebundenen) Medien.

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Energiewende dürfte nur mit einem intelligente Stromnetz (Smart Grid) gelingen, welches Erzeugungsanlagen, Verbrauchsanlagen, Speicher und Netzbetriebsmittel miteinander vernetzt, damit diese überwacht, gesteuert und geregelt werden können. Eine leistungsfähige IKT-Infrastruktur, die eine sichere und effiziente Datenübertragung in Echtzeit ermöglicht, ist die Basis für Smart Grids. Um alle Ebenen des Energieversorgungssystems mit intelligenter IKT-Technik auszustatten und ein bidirektionales Kommunikationsnetz zu etablieren, muss der Ausbau der IKT-Infrastruktur forciert und visionär gestaltet werden. Es ist

folglich zentral, dass Glasfasern als beste Voraussetzungen für eine zukunftssträchtige Kommunikationsinfrastruktur zwingend in der ganzen Schweiz verlegt und entsprechende Investitionen vermehrt getätigt werden.